

## **Außenwirtschaft**

Marcus Conlé

### **Disput zwischen Danone und Wahaha geht in die nächste Runde**

Der Rechtsstreit zwischen dem französischen Unternehmen Danone und Wahaha, einem Getränkehersteller aus Hangzhou, hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Ausgangspunkt des Streits war der Vorwurf Danones gewesen, dass Wahaha neben dem Joint Venture mit Danone zwanzig unabhängige Unternehmen gegründet habe, welche exakt dieselben Produkte verkauften. Dies würde der im Joint-Venture-Vertrag festgehaltenen Klausel, nach der die Güter der Unternehmen nicht im Wettbewerb zu den Produkten des Joint Ventures stehen dürften, zuwiderlaufen.

Inzwischen hat sich der Disput zwischen den Partnern auf die Rechte am Warenzeichen „Wahaha“ gerichtet. Der Streit dreht sich darum, ob der Rechtstitel – und damit das Recht, die Waren unter der Marke „Wahaha“ zu verkaufen – von Wahaha oder dem Joint Venture beansprucht werden kann. Hangzhou Wahaha hatte im Juni 2007 ein Schiedsverfahren bei der Hangzhou Arbitration Commission angestrengt. Nur kurz darauf hat Danone eine Widerklage eingereicht. Zusätzlich hat Danone ein Rechtsverfahren in Los Angeles mit einer Streitsumme von 100 Mio. USD und ein Schiedsverfahren in Stockholm eingeleitet.

Im Jahr 1996 hatten Danone und Wahaha das Joint Venture gegründet, an dem Danone mit 51% die Anteilsmehrheit besitzt.

Bei der Gründung sei, nach Angaben von Danone, ein weiteres Rechtsdokument unterzeichnet worden, nach dem die Marke „Wahaha“ auf das Joint Venture übertragen worden sei. Allerdings hatte diese Übertragung aus noch nicht geklärten Gründen nicht stattgefunden. Deshalb war im Jahr 1999 auch ein zweiter Vertrag unterzeichnet worden, der den beidseitigen Willen zur Übertragung der Marke bekräftigte.

Die nicht erfolgte Übertragung war bisher von Zong Qinghou, Gründer von Wahaha, mit der Langsamkeit des State Trademark Office begründet worden. In einer neuen Erklärung hatte Zong jedoch ausgesagt, die Regierung habe den Transfer damals in dem Bestreben zurückgewiesen, heimische Marken zu schützen. Allerdings bemerkte Tao Wuping, Anwalt bei Shenda Partners und Rechtsbeistand von Danone, dass hierzu keine Unterlagen vorlägen.

Zong Qinghou, KP-Mitglied und Multimillionär, hat inzwischen sein Amt als Vorstandsvorsitzender des Joint Ventures abgegeben. Nach eigenem Bekunden sei er mit Schikanen und Verleumdungen von Seiten der Vorstandsmitglieder, die von Danone in das Gremium gesandt worden sind, zu diesem Schritt gezwungen worden.

Als neueste Entwicklung hat Wahaha ebenfalls eine Klage erhoben, die das Wettbewerbsverbot betrifft. Shenyang Lingdong Industrial Development Company, die 5% an Shenyang Wahaha hält, fordert, dass Vorstandsmitglied Qin Peng seine Positionen in Vorständen von mit Wahaha konkurrierenden Unternehmen aufgeben und sein Einkommen von 3 Mio. CNY aus diesen Positionen an Shenyang Wahaha übergeben. Die Unternehmen, z.B. Robust, waren

in den letzten Jahren von Danone aufgekauft worden. Damit aber habe Danone, nach Ansicht des Klägers, gegen das Wettbewerbsverbot verstoßen.

Am 23. Juli hat sich schließlich der französische Botschafter in China, Herve Ladsous, zu Wort gemeldet und der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass der Rechtsstreit gütlich beigelegt werden könne und nicht die guten chinesisch-französischen Beziehungen beeinträchtigt. (SCMP, 13.7.07; WSJ, 13., 16.7.07; XNA, 10.7.07)

### **EU-Kommissarin Kuneva zu Besuch in China**

Am 23. Juli 2007 ist EU-Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva in Beijing zu einem fünftägigen Besuch eingetroffen, um mit den betreffenden Stellen über die Sicherheitslage chinesischer Importe in die EU zu diskutieren. In einem Gespräch mit Li Changjiang, Leiter der General Administration of Quality Supervision, Inspection and Quarantine, ermunterte sie die chinesische Seite, größere Anstrengungen im Bereich des Verbraucherschutzes zu unternehmen.

Von den 924 Produkten, die im Jahr 2006 wegen erheblicher Qualitätsmängel vom Import in die EU ausgeschlossen worden waren, stammten fast die Hälfte aus China. Im Jahr zuvor (2005) betrafen 80% aller Anzeigen bezüglich problematischem Kinderspielzeugs ebenfalls chinesische Hersteller.

Allerdings sind diese Zahlen im Lichte der rapiden chinesischen Exportentwicklung zu sehen. Mittlerweile macht Spielzeug „Made in China“ mehr als die Hälfte des in der EU verkauften Spielzeugs aus.

Wegen dieses Marktanteils hatten China und die EU im September des vergangenen Jahres eine „Roadmap for Safer Toys“ unterzeichnet. Im ersten Halbjahr 2007 gab es eine kleine Verringerung des Anteils chinesischer Güter an den gesamten unsicheren Importen. Der Anteil fiel von 48% auf 46%.

Kuneva erkannte die bisherigen Bemühungen Chinas an, fügte jedoch hinzu, dass die bisherigen geringfügigen Verbesserungen nicht ausreichten. Es sei im gemeinsamen Interesse der EU und Chinas, das Konsumentenvertrauen zu stärken.

Im Januar 2006 hatte sich Beijing bereit erklärt, vierteljährliche Berichte über Maßnahmen gegenüber Herstellern von unsicheren Produkten zu veröffentlichen. Allerdings seien bisher nur zwei Berichte erstellt worden, wobei der erste ungenügend und der zweite ebenfalls noch dürftig gewesen sei. Bis zum geplanten Treffen zwischen EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso und Premierminister Wen Jiabao im November dieses Jahres soll ein neuer gehaltvollerer Bericht zur Verfügung gestellt werden.

Um Exporte von nichtzertifizierten Unternehmen zu unterbinden, stellte die chinesische Regierung in Aussicht, ab dem 1. September ein neues Siegel mit der Aufschrift „CIQ“ (China Inspection and Quarantine) einzuführen, mit dem die Verpackungen der Exportgüter nach der Inspektion versehen werden sollen. Über den Zeichencode könnten Importeure den Hersteller der Güter zurückverfolgen.

Während ihres Aufenthaltes besuchte Kuneva eine Spielzeugfabrik und das Staatliche Labor für Spielzeugüberprüfung

in Yangzhou. (ST, 24.7.07; WSJ, 23.7., 24.7.07; XNA 24.7.07)

## China besorgt um „Made in China“-Image

Als ein weiterer Höhepunkt in einer Kette von Vorfällen mit fehlerhaften Produkten aus China haben die USA die Einfuhr von vier Fischarten und Krabben aus China verboten. In Proben waren krebserregende Substanzen und Antibiotika gefunden worden. Bereits in den Monaten zuvor waren Probleme mit fehlerhaften Autoreifen, die einen schweren Unfall in den USA verursacht haben sollen, mit Glykol versetztem Hustensaft, der mehr als hundert Menschen in Panama das Leben gekostet hat, kontaminierter Tiernahrung, der zahlreiche Hunde und Katzen in den USA zum Opfer gefallen waren, und giftigem Kinderspielzeug bekannt geworden.

Die Vorfälle stehen in Zusammenhang mit der rasanten Entwicklung Chinas, dessen Exporte zunehmend in alle Konsumbereiche vordringen. Aus diesem Grund hegen Sicherheitsexperten große Bedenken, dass sie für das steigende chinesische Angebot schlecht ausgerüstet seien.

Eines der größten Probleme bereitet der Aufstieg Chinas von einer Subsistenzwirtschaft zu einem der weltweit größten Lebensmittelexporteure innerhalb von nicht viel mehr als einer Dekade. Während in China immer wieder Probleme mit der Sicherheit von Nahrungsmitteln auftauchen, stellt sich die Sicherheitsfrage für den Rest der Welt erst jetzt.

Mit gemischten Gefühlen sehen Experten auch die durch das rapide Wachstum hervorgerufene Umweltverschmutzung in

China. In regelmäßigen Abständen wird das Land von Epidemien wie der derzeit grassierenden Schweinepest heimgesucht. Eine neue Studie der CAS hat herausgefunden, dass in elf Küstenstädten die Meeresfrüchte stark mit Pestiziden kontaminiert sind. Selbst DDT, das in China schon seit 1983 verboten ist, wurde bei den Untersuchungen gefunden.

Wei Jianguo, Vizeminister des MOF-COM, beeilte sich zu versichern, dass China sein Äußerstes tun werde, um die Sicherheit seiner Exporte zu gewährleisten. Auch Li Yuanping, Direktor des Import- und Exportbüros der General Administration of Quality Supervision, Inspection and Quarantine, machte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua deutlich, dass die Produktsicherheit ganz oben auf der Agenda stehe. Nach Zahlen seiner Behörde wurden in China im ersten Halbjahr 2007 34.400 Fälle von minderwertigen Produkten aufgedeckt. Insgesamt 63.300 Organisationen ohne Betriebserlaubnis wurden bestraft und 2.207 Unternehmen die Lizenz entzogen. Ferner wurden 3.191 Fälscherwerkstätten ausgehoben.

Nach Angaben Lis würden 99% der chinesischen Exporte den Anforderungen genügen. Allerdings kommt eine Studie aus seinem Haus, in der 114 verschiedene Arten von Produkten und mehr als 6.300 Unternehmen untersucht wurden, zum Schluss, dass 20% aller in China produzierten Güter den herrschenden Standards nicht genügten. Insgesamt würden große Unternehmen jedoch besser abschneiden: 93,1% ihrer Produkte erreichten den Standard.

Die chinesische Regierung hatte sich

zunächst bemüht, das Thema nicht hochkochen zu lassen. Qin Gang, Sprecher des Außenministeriums, ermahnte die Presse, mit der Berichterstattung nicht die Konsumenten zu verunsichern. Auch begannen US-amerikanische Unternehmen bereits mit der Schadensbegrenzung. Unternehmen wie General Mills, Kellogg und Toys R Us haben mehr Inspektionen und die Suche nach alternativen Lieferanten angekündigt, die bei Ausfall der chinesischen Lieferanten einspringen könnten. Food for Health International, eine Firma für Wellness-Lebensmittel, hatte ferner verkündet, auf ihren Produkten den Aufkleber „China-frei“ zu führen.

Mit einer ungewöhnlichen Vorgehensweise ging die chinesische Regierung daraufhin in die Offensive, um die Glaubwürdigkeit von „Made in China“ zu bewahren. Hierzu wurden nach Presseverlautbarungen auch die internationalen PR-Agenturen Ogilvy und Edelman eingeschaltet. Die ausgearbeitete Strategie bestand darin, anhand von Zahlen darzustellen, dass China nicht das einzige Land mit Problemen hinsichtlich der Produktsicherheit ist. Z.B. wird darauf verwiesen, dass die Rate der US-Importe, die in China abgewiesen werden, nicht viel niedriger ist als die Abweisungsrate von 1% chinesischer Importe in die USA.

Möglicherweise zur Untermauerung dieser Argumentation wurden Importe von Fleisch- und Geflügelprodukten namhafter US-amerikanischer Hersteller wegen angeblicher Kontaminierung, z.B. durch Salmonellen, verboten. Drei der Firmen wurde eine Frist eingeräumt, um die Sicherheitsprobleme auszuräumen, während die übrigen,

darunter der weltgrößte Fleischverarbeiter Tyson Foods, auf unbestimmte Zeit ausgeschlossen worden sind. (IHT, 2., 3., 9.7.07; TZ, 2.7.07; WSJ, 5., 14.7.07; SCMP, 4., 8.7.07; ST, 15.7.07; XNA 14.7.07)

## Yuan erreicht neuen Höchststand

Die chinesische Zollbehörde hat am 10. Juli 2007 Statistiken veröffentlicht, wonach der Handelsbilanzüberschuss im Juni 2007 einen neuen Rekordstand erreicht hat. Gegenüber dem Vorjahr weitete sich der Überschuss um 85,5% aus. Zwar weist die chinesische Regierung darauf hin, dass der Sprung im Juni auf das Auslaufen bzw. die Senkung von Steuererstattungen für Exporteure zurückzuführen sei. Dennoch lieferte der neue Rekord Politikern aus der EU und den USA neue Munition für ihr Anliegen, Sanktionen gegen China zu verhängen.

Besonders in den USA, die sich auf den Wahlkampf im kommenden Jahr vorbereiten, werden Stimmen laut, protektionistische Maßnahmen gegen den als unlauter empfundenen Wettbewerb zu ergreifen. Im Visier des US-Kongresses steht der Außenwert des Yuan, der von vielen Seiten als um 40% unterbewertet angesehen wird. Um den Disput zu entschärfen, reiste US-Finanzminister Henry Paulson am 31. Juli nach China und traf sich mit Vize-Premierministerin Wu Yi und Zentralbankchef Zhou Xiaochuan.

In den vergangenen Jahren hat China stets die Absicht bekräftigt, den Haushaltsüberschuss zurückfahren zu wollen. Allerdings, so Liang Hong, Volkswirtin bei Goldman Sachs, zeige der neue Rekord die Ineffektivität der Maßnahmen. Ohne eine signifikante Aufwertung des Yuan sei eine

Senkung des Überschusses nicht zu erreichen.

Nach Einschätzung von Chi Lo, Ping An of China Asset Management, erkenne die chinesische Regierung durchaus, dass sie graduell die Kapitalbilanz öffnen müsse, um den Ungleichgewichten zu begegnen, die sich durch das derzeitige „crawling peg“-Wechselkursregime ergeben und eine strukturelle Veränderung der chinesischen Wirtschaft verhindern. Die übermäßige Exportorientierung und der zunehmende Liquiditätsüberhang auf dem Binnenmarkt bereiten der chinesische Regierung die größten Sorgen.

Am 25. Juli hatte der Yuan zum 54. Mal in diesem Jahr einen Höchststand erreicht. Seitdem China die Anbindung des Yuan an den US-Dollar im Juli 2005 aufgegeben hat, wurde der Yuan um mehr als 7% gegenüber dem US-Dollar aufgewertet.

Das größte Problem mit der derzeitigen Aufwärtsbewegung des Yuan ist allerdings nicht der Nachteil für Chinas Exporteure. Nach einer von Xinhua vorgestellten Befragung von 103 chinesischen Exportunternehmen sind fast zwei Drittel der Exporteure davon überzeugt, eine Aufwertung von 5% in diesem Jahr zu verkraften, ein Drittel von ihnen könnten sogar eine 10%ige Aufwertung schultern. Nach Angaben der Unternehmen würde eine weitere Aufwertung auch nicht zu einer größeren Arbeitslosigkeit beitragen. Etwa die Hälfte der Unternehmen gab an, keine Arbeiter wegen einer Aufwertung von 5% entlassen zu wollen.

Ein Grundproblem bei der Aufwertung des Yuan ist die Kontrolle der Aufwertungserwartungen. Verschiedene Quellen vermu-

ten, dass die rapide Erhöhung der Devisenreserven im ersten Halbjahr dieses Jahres nicht allein auf den Exportüberschuss und die ins Land strömenden ADI zurückgeführt werden kann. Vielmehr sei anzunehmen, dass chinesische Banken und Unternehmen im Ausland geparkte oder durch IPOs erhaltene Gelder zurückgeholt haben, um sie in die heimische Währung zu wechseln. Die People's Bank of China (PBOC) hat diese Annahme bestätigt, ohne jedoch weitere Angaben über die Höhe der Rückführungen zu machen.

Schwerwiegender ist das Problem illegaler Kapitalzuflüsse, die als Exportgeschäfte getarnt, etwa durch die Angabe von höheren Preisen, in den Binnenmarkt gelangen. SAFE hat wiederholt angekündigt, die Kapitalströme besser überwachen zu wollen. Im November 2006 hatte die Behörde bereits begonnen, Firmen mit Unregelmäßigkeiten in ihren Außenhandelsgeschäften auf eine Liste zu setzen. Die zu Beginn 5.303 Unternehmen zählende Liste ist bis April 2007 um 472 zusätzliche Unternehmen erweitert worden.

Bisher zeigt die Ohnmacht von SAFE gegenüber den Kapitalzuflüssen, wie schwer es ist, die Ströme angesichts steigender Wertpapierkurse und Aufwertungserwartungen zu begrenzen. Die Kapitaleinfuhren haben zum Überhitzen der chinesischen Wirtschaft, die zurzeit ihr höchstes Wachstum seit 1994 verzeichnet, beigetragen. Prof. Ding Zhijie von der University of International Business and Economics sieht daher in der frühzeitigen Korrektur der Aufwertungserwartungen die Hauptaufgabe der Währungspolitik. (WSJ, 10., 12., 13., 31.7.07; SCMP, 11.7.07; NZZ,

19.7.07; ST, 17.7., 11.8.07; XNA, 24., 25., 27.7.07)

## **Binnenwirtschaft**

Marcus Conlé

### **BIP-Wachstum höher als erwartet**

Das Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal deutlich schneller gewachsen, als von Analysten erwartet worden war. Mit einem Zuwachs von 11,9% gegenüber dem Vorjahr verzeichnete China das höchste Quartalswachstum seit 1994. Analysten hoben daraufhin ihre Wachstumsprognosen an: Goldman Sachs erhöhte die Prognose von 10,8% auf 12,3%, Morgan Stanley von 10,5% auf 11,3% und der IWF von 10% auf 11,2%.

Da China im vergangenen Jahr ein nur um 100 Mrd. USD geringeres BIP als Deutschland hatte, steht bereits jetzt fest, dass China am Jahresende Deutschland als drittgrößte Wirtschaftsnation abgelöst haben wird.

Allerdings nehmen mit dem BIP-Wachstum, das das von der Partei anvisierte Ziel von 8% für dieses Jahr deutlich übersteigen wird, auch die Sorgen über eine Überhitzung der chinesischen Wirtschaft zu. Experten erwarten jedoch keine nennenswerten Anpassungen vor dem Parteitag im Herbst. Immerhin hat das rapide Wachstum mit einer Erhöhung der städtischen Einkommen um durchschnittlich 14,2% und der ländlichen um 13,3% ein wichtiges Ziel der Partei verwirklicht.

Dementsprechend würdigte Li Xiaochao, Sprecher des Statistikamtes, bei der

Vorstellung der Zahlen den gestiegenen Konsum, die guten internationalen Rahmenbedingungen und die kluge Regierungspolitik als Grundlage für die hohen Zuwächse. Auch Xie Fuzhan, Direktor des Statistikamtes, wies darauf hin, dass das Wachstum sich in normalen Bahnen bewege.

Diese positive Einschätzung wird in China jedoch nicht durchweg geteilt. Nach einer Studie der National Reform and Development Commission bestünden wegen der anziehenden Kapitalinvestitionen durchaus Anzeichen einer Überhitzung. Die Investitionen in Fabrikanlagen und Infrastruktur haben im ersten Halbjahr um mehr als 25% zugelegt. Ebenfalls Sorgen bereiten die Kapitalmärkte. Seit Beginn des letzten Jahres haben sich die Kurse an den chinesischen Aktienmärkten vervierfacht.

Mithin stellt der Liquiditätsüberhang im Binnenmarkt, der durch den Außenhandelsüberschuss bei (relativ) festem Währungskurs verstärkt wird, das Grundproblem dar. Das Wachstum der Geldmenge M2, die der chinesischen Zentralbank als Grundlage der Geldpolitik dient, ist mit 17,06% noch höher als im Vormonat. Nach Goldman Sachs gebe der Indikator M2 die Inflationsgefahr nicht ausreichend wider. Dies sei eher mit der Geldmenge M3 der Fall, die neben M2 auch noch Wertpapiere von Finanzinstitutionen enthält. Diese ist seit dem zweiten Quartal 2006 ständig schneller gestiegen als M2 und deute auf eine rasche Akkumulation von Vermögenswerten an den Kapitalmärkten hin.

Bisher hat sich die Geldmengenausweitung nicht auf die Inflation ausgewirkt.